

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher  
Redakteur  
Herrn Dr. 22.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhansdorf, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Nr. 1530.  
Riesa Nr. 52.

Nr. 269.

Donnerstag, 17. November 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezogher keinen Anspruch auf Vorfierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Möglichkeit einer Gesamtdemission des Reichskabinetts.

### Der Reichskanzler sagt seine Besuche in Süddeutschland ab. Die Parteiführer-Empfänge beim Reichskanzler.

Berlin, 17. November.

Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der Parteiführerbesprechungen am Bußtag es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten.

### Zentrum und Bayerische Volkspartei lehnen ab

Diese Absage hat in politischen Kreisen natürlich erhebliche Ueberraschung ausgelöst.

Die direkte Veranlassung ist in dem Ausgang der Besprechungen zu sehen, die der Kanzler am Bußtag mit den Parteiführern hatte. Sie haben sich so abgepielt, daß gegen Mittag zunächst die Zentrumsführer Kaas und Jooß in der Reichskanzlei eintrafen und im Laufe des Nachmittags Abg. Dingeldey für die Deutsche Volkspartei und Dr. Schäffer für die Bayerische Volkspartei.

Die Einzelheiten dieser Besprechungen werden von den Beteiligten vertraulich behandelt. Was aber die große Linie der Unterhaltungen anlangt, so erklärte Dingeldey dem Kanzler seine Zustimmung zur nationalen Konzentration. Das gleiche gilt für die Stellungnahme der Zentrumsvertreter. Der Unterschied liegt aber darin, daß Dr. Kaas hinzugefügt hat, unter der jetzigen politischen Staatsführung müsse der

Verlauf der nationalen Sammlung aussichtslos bleiben, und daraus ergäben sich nach Ansicht des Zentrums von selbst naheliegende Konsequenzen. Diese Erklärung ist mit einer Absage gleichzusetzen und sie dürfte auch der Tenor der schriftlichen Aufzeichnung sein, die die Zentrumsführer dem Kanzler übergeben. Dieses Schriftstück wird nicht veröffentlicht werden. Es ist anzunehmen, daß die Darlegungen Dr. Schäffers für die Bayerische Volkspartei sich von dem Standpunkt des Zentrums nicht sehr wesentlich unterscheiden.

### Nun Empfang bei Hindenburg

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Reichspräsident dann auf Grund der heutigen Sondierungen des Reichskanzlers selbst die Parteiführer empfangen wird, um sie zu fragen, welchen Mann und welches Programm sie an Stelle der „jetzigen politischen Staatsführung“ vorzuschlagen haben. Diese Empfänge dürften Ende dieser oder Anfang nächster Woche stattfinden.

Nach Auffassung politischer Kreise sind aber die Aussichten dafür äußerst gering, daß die Parteien einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu weihen vermögen.

### Die Gründe der sozialdemokratischen Absage

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt zu ihrem Absagebescheid noch folgendes mit:

Der Reichskanzler von Papen hat durch zweifache Aufhebung des Reichstages das deutsche Volk zweimal über seine Regierungspolitik befragt und zweimal vernichtende Absagen erhalten. Die Verfassung, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, weitere Verhandlungen zu führen; sie verpflichtet ihn vielmehr zum Rücktritt. Der Reichskanzler von Papen hat sich bei seinem Vorgehen gegen die rechtmäßige Regierung Preußens über die Verfassung und den Spruch des höchsten Gerichts ebenso hinweggesetzt, wie er durch sein Verbleiben im Amt das Urteil des Volkes mißachtet hat. Er hat in seinen öffentlichen Reden die Parteienverunglimpfung und diejenigen, die sich seiner Politik entgegenstellen, als Feinde des Volkes bezeichnet. Sein ganzes Verhalten macht ihn als Verhandlungspartner für die sozialdemokratische Partei ungeeignet.

Die Sozialdemokratische Partei erblickt in dem Reichskanzler von Papen den Sachverwalter einer winzigen Minderheit, die sich in rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer eigenen Klasseninteressen nicht scheut, über das Grundgesetz der Republik und die Rechte des Volkes hinwegzugehen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aus allen diesen Gründen von der geplanten Besprechung ein Ergebnis nicht erwarten.

### Die heutige Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin. (Funkpruch.) Das Reichskabinett hat sich heute vormittag um 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung versammelt. Der Kabinettsitzung gingen Einzelbesprechungen des Reichskanzlers voraus, nach deren Verlauf in politischen Kreisen der Eindruck vorherrscht, daß das Kabinett möglicherweise den Beschluß fassen wird, dem Reichspräsidenten keine Gesamtdemission anzubieten. Kommt das Kabinett zu dieser Entscheidung, so wird es natürlich zunächst geschäftsführend im Amt bleiben. Der Reichspräsident hätte dann eine breitere Basis für seine Verhandlungen mit den Parteien. Es ist übrigens nicht anzunehmen, daß der Beschluß des Kabinetts bekanntgegeben wird, ehe der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Vortrag gehalten hat.

Berlin. (Funkpruch.) Die Kabinettsitzung, die um 11 Uhr begann, war gegen 2 Uhr beendet. Ueber etwa gelassene Beschlüsse ist nichts bekannt geworden. Eine weitere Klärung der Lage ist erst nach dem für heute nachmittags angelegten Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten zu erwarten.

### Doch heute nachmittag Empfang beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Die Beratungen des Reichskabinetts waren heute mittag um 1 Uhr noch nicht abgeschlossen. Nach der Unschärfe der Vormittagsstunden gibt es in politischen Kreisen nunmehr aber als sicher, daß Reichskanzler von Papen doch heute nachmittag um 5 Uhr vom Reichspräsidenten empfangen wird. In der Beurteilung der Frage, ob mit der Möglichkeit einer Gesamtdemission des Kabinetts zu rechnen ist, hat sich nach Auffassung politischer Kreise nichts geändert. Es würde dann auch weiter noch die Frage sein, ob der Reichspräsident eine solche Demission annehmen oder ob er sich die Entscheidung vorbehalten würde. Man wird auch mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß in einem solchen Falle die endgültige Entscheidung des Reichspräsidenten über die Annahme oder Ablehnung der Demission erst in der nächsten Woche fallen kann.

### Nationalsozialisten wollen ein Regierungsprogramm überreichen.

Berlin. (Funkpruch.) Wie das Nachrichtenbüro des NSDAP. meldet, dürfte das Ergebnis der Parteiführerempfang beim Reichskanzler am Bußtag die nationalsozialistische Auffassung gestärkt haben, daß eine persönliche Unterhaltung Adolf Hitlers mit dem Reichskanzler von Papen nicht in Frage komme. Adolf Hitler hat sich zwar im Kaiserhof in Berlin bereits wieder angelegt, ist aber zur Stunde noch nicht eingetroffen, offenbar, weil er nach Aussagen der Parteiführerverhandlungen eine so schnelle Reise nach Berlin nicht mehr für notwendig gehalten hat.

Es verläutet, daß die maßgeblichen Persönlichkeiten der NSDAP. eine Denkschrift ausgearbeitet haben, die man als nationalsozialistisches Regierungsprogramm ansprechen könnte, und daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die Partei es vorziehen werde, statt einer persönlichen Unterredung Hitler-von Papen dem Reichskanzler diese Denkschrift überreichen zu lassen. Die Einladung, die Herr von Papen zu einer Unterredung mit Adolf Hitler ergehen ließ, sei lediglich mit einer Empfangsbestätigung beantwortet worden. Der Führer der NSDAP. dürfte dagegen für eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten jederzeit zur Verfügung stehen und dürfte in einem solchen Falle auch persönlich beim Herrn Reichspräsidenten das von ihm vorgeschlagene Regierungsprogramm vertreten. Ein etwaiger Empfang Hitlers durch den Reichspräsidenten von Hindenburg könnte voraussichtlich erst morgen in Frage kommen.

### Der Hitlerbrief eingegangen.

#### Die deutsche Vertretung in Genf.

Berlin. (Funkpruch.) Das Antwortschreiben des Führers der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, ist heute im Laufe des Vormittags bei der Reichsregierung eingegangen. Ueber den Inhalt des Schreibens wird an ausländischer Stelle Stillschweigen bewahrt, da man erst den Abschluß der Beratungen des Kabinetts abwarten will. Man bezeichnet es in unterrichteten Kreisen jetzt wieder als unsicher, ob der ursprünglich heute nachmittag um 5 Uhr in Aussicht genommene Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten stattfinden wird. Es ist möglich, daß Reichspräsident von Hindenburg den Kanzler erst morgen empfängt.

Die Vertretung Deutschlands auf der kommenden außerordentlichen Tagung des Völkerverbundes wird, wie an ausländischer Stelle berichtet wird, durch die innenpolitische Lage nicht berührt werden. Auch eine etwaige Gesamtdemission des Kabinetts wird auf die deutsche Vertretung in Genf ohne Einfluß bleiben, da die außerordentliche Tagung sich ja eigentlich nur mit der Mandatfrage des Reichspräsidenten befaßt. Die im übrigen sonst eingenommene Haltung der Reichsregierung, vor allem ihr Standpunkt in der Währungsfrage, steht im Einklang mit der Auffassung des ganzen deutschen Volkes, daß auch in diesem Punkte jede deutsche Vertretung in Genf Sprecherin des ganzen deutschen Volkes sein wird. Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath wird deshalb auf alle Fälle am Sonnabend zu der Tagung nach Genf fahren. Die Presseabteilung wird vertreten durch den früheren Leiter des Inlandreferates dieser Abteilung, vortragenden Legationsrat Rosenberger und Legationsrat von Sanden.

### Die Erklärungen der Zentrumsvertreter beim Reichskanzler.

Berlin. (Funkpruch.) Die Verhandlungsführer des Zentrums, die Abg. Kaas und Jooß, haben, nach einer Mitteilung des Reichsgeneralsekretariats der Deutschen Zentrumspartei, dem Reichskanzler am Bußtag nachstehende Ausführungen überreicht, worin die Haltung des Zentrums folgendermaßen umrissen wird:

„Der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen unheilbaren Lage ist die Bildung einer Regierung, die in voller Wahrung der Rechte des Reichspräsidenten und einer zielbewußten starken Staatsführung, die seit Monaten unterbrochene Verbindung mit der Volkvertretung wieder hergestellt und sich in einer festen Mehrheit den unentbehrlichen Rückhalt schafft. Nur so kann eine friedliche und organische Weiterentwicklung im politischen Leben der Nation gesichert werden. Nur so kann der deutschen Wirtschaft die Ruhe gewährleistet werden, die wesentliche Voraussetzung ihrer Erholung und ihres Aufstiegs ist. Nur so kann Deutschland in die weltpolitischen Auseinandersetzungen um seine Gleichberechtigung und finanzielle Wiedergesundung mit der Autorität eintreten, welche die Größe der zu bewältigenden Aufgaben und der äußeren politischen Widerstände verlangt.“

Eine nüchterne Prüfung der Gesamtlage ergibt, daß die Zusammenfassung der politischen Kräfte zu einer starken Not- und Arbeitsgemeinschaft, deren Bildung sachlich durchsichtig und möglich ist, unter der gegenwärtigen politischen Führung und im Rahmen des gegenwärtigen Kabinetts ausgeschlossen bleibt. Hieraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, daß die Reichsregierung ohne weiteren Verzug durch einen freiwilligen Schritt ihrerseits dem Herrn Reichspräsidenten den Weg zur Durchführung der großen Sammelaktion freimacht.

Die deutsche Zentrumspartei stellt für das Ziel der Schaffung einer starken, völkerverbundenen Regierung und für die beschleunigte Durchführung ihrer Aufgaben jede verfassungsmäßige Mitarbeit zur Verfügung.“

### Verhandlungsabbruch Danzig—Polen

Warschau, 17. November.

Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden.

Von Danziger Seite wird dazu mitgeteilt, daß Polen auf dem Standpunkt stehe, daß die Freie Stadt auf die ihr eingeräumten Rechte verzichten und sich in den Wirtschaftskörper der Republik Polen völlig eingliedern müsse. Die Freie Stadt verharre auf dem stets eingenommenen Standpunkt, daß der Vertrag von Versailles und der Vertrag von Paris ihr die gegebene Selbständigkeit garantiere. Die Freie Stadt habe die ihr zugesagte Aufgabe, Polen einen freien Zugang zum Meere zu verschaffen, erfüllt. Die Freie Stadt beruft sich darauf, daß die geschlossenen Verträge, soweit sie auch abänderlich sind, nur mit Zustimmung beider Teile geändert werden dürfe. Gegenüber dem Vorgehen Polens ist die Freie Stadt entschlossen, die von Polen geforderte völlige Eingliederung in seinen Wirtschaftskörper aufs schärfste zurückzuweisen. Die Freie Stadt ist sich bewußt, daß eine Erfüllung des vertragswidrigen Verlangens Polens die Verletzung der Kultur und der politischen Selbständigkeit der Freien Stadt, die einen Teil der Bestimmung des Vertrages von Versailles darstellen, zur Folge haben würde.

Sache der Völkerverbandsinstanzen wird es nunmehr sein, zur Wahrung der gefährdeten Rechte Danzigs die erforderlichen Entscheidungen schleunigst zu treffen und ihre Durchführung sicherzustellen.